Marienheide
Zuhause im Bergischen

**BM-01 Rats-
/Bürgermeisterbüro**

BV/069/19

Drucksache Nr.

öffentlich

Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, FDP/FWO/DU und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2019; Veranstaltungsräume für BDS-Bewegung

Beratungsfolge:	**Sitzungstermin**	**Abstimmungsergebnis**		
		einst.	**Enth.**	**Gegen.**
Rat	02.07.2019			

Finanzielle Auswirkungen: ☒ Nein ☐ Ja

Ergebnisplan ☐ **Finanzplan** ☐

Ertrag/Einzahlung		**Aufwand/Auszahlung**	
Kostenstelle		**Produkt**	
Investition		**Sachkonto**	

Sachverhalt:

Die Kreistagsfraktionen von SPD, CDU, FDP/FWO/DU und Bündnis 90/Die Grünen haben für die Sitzung des Kreistages am 21.03.2019 einen gemeinsamen Antrag **(Anlage)** eingereicht.

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises ist in der Sitzung am 21.03.2019 dem Beschlussvorschlag des Antrages einstimmig gefolgt **(Anlage).**

Unter Beschlussvorschlag Nr. 2 ist geregelt, dass der Oberbergische Kreis die Kommunen des Kreises bittet, sich diesem Antrag anzuschließen und keinerlei Räumlichkeiten für Vereine, Organisationen oder auch Einzelpersonen zur Verfügung zu stellen bzw. zu vermieten, die mit ihren Aktivitäten die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen.

Kommunen und Vereine im Oberbergischen Kreis pflegen mit Partnerschaften eine besondere Nähe zu Israel und haben diese besondere Beziehung in den zurückliegenden Jahren immer weiter ausgebaut. Mit der Vertiefung der Beziehungen von einer

Städtefreundschaft hin zur offiziellen Städtepartnerschaft wurden die partnerschaftlichen Beziehungen auch formell gestärkt.

Seit über zehn Jahren versucht die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions), den Staat Israel international zu isolieren und ruft in vielen Ländern zunehmend zu Boykottmaßnahmen auf.

Es geht im Kern der BDS Bewegung um die Delegitimierung des Staates Israel, zu deren Zweck Boykott und Diffamierung als Mittel eingesetzt werden. Von selbsternannter "Kaufhauspolizei", die israelische Waren in Geschäften brandmarkt und damit auch Händler einschüchtert, über die Einschüchterung von Künstlern, die in Israel auftreten oder dies möchten, bis hin zur Störung von Veranstaltungen reicht weltweit ein Ausschnitt verschiedenster BDSAktivitäten. Die BDS Bewegung nutzt mit ihren Botschaften die gleiche Sprache, die einst Nationalsozialisten gebrauchten, um auszudrücken: "Kauft nicht bei Juden!". Die BDS Kampagne wählt mit ihrer tief in das Fundament der Legitimation des jüdischen Staates reichenden Kritik an Israel den Umweg über den Antizionismus, um beim Antisemitismus anzukommen. Die BDS-Bewegung ist damit eine zutiefst antisemitische Bewegung und soll im Oberbergischen Kreis keinen Raum haben.

Der Oberbergische Kreis bekennt sich zu der tief empfundenen Freundschaft zu Israel und setzt sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern ein.

Die Gemeinde Marienheide teilt diese Auffassung und möchte dem Oberbergischen Kreis ihre Unterstützung mit dem heutigen Beschluss signalisieren.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Marienheide stellt keinerlei Räumlichkeiten oder Flächen für Vereine, Organisationen oder auch Einzelpersonen zur Verfügung, die mit ihren Aktivitäten die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen.

2. Die Gemeinde Marienheide appelliert an Vermieter von Veranstaltungsräumen im Gemeindegebiet, keinerlei Räumlichkeiten für Vereine, Organisationen oder auch Einzelpersonen zur Verfügung zu stellen bzw. zu vermieten, die mit ihren Aktivitäten die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen.

3. Die Gemeinde Marienheide leistet keinerlei Zuwendungen oder Zuschüsse an Vereine, Organisationen oder andere Gruppierungen, die mit ihren Aktivitäten die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen.

4. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, alle für die unter 1. Bis 3. genannten Zielsetzungen erforderlichen Maßnahmen umzusetzen.

gez.
Stefan Meisenberg

Marienheide, 12.06.2019